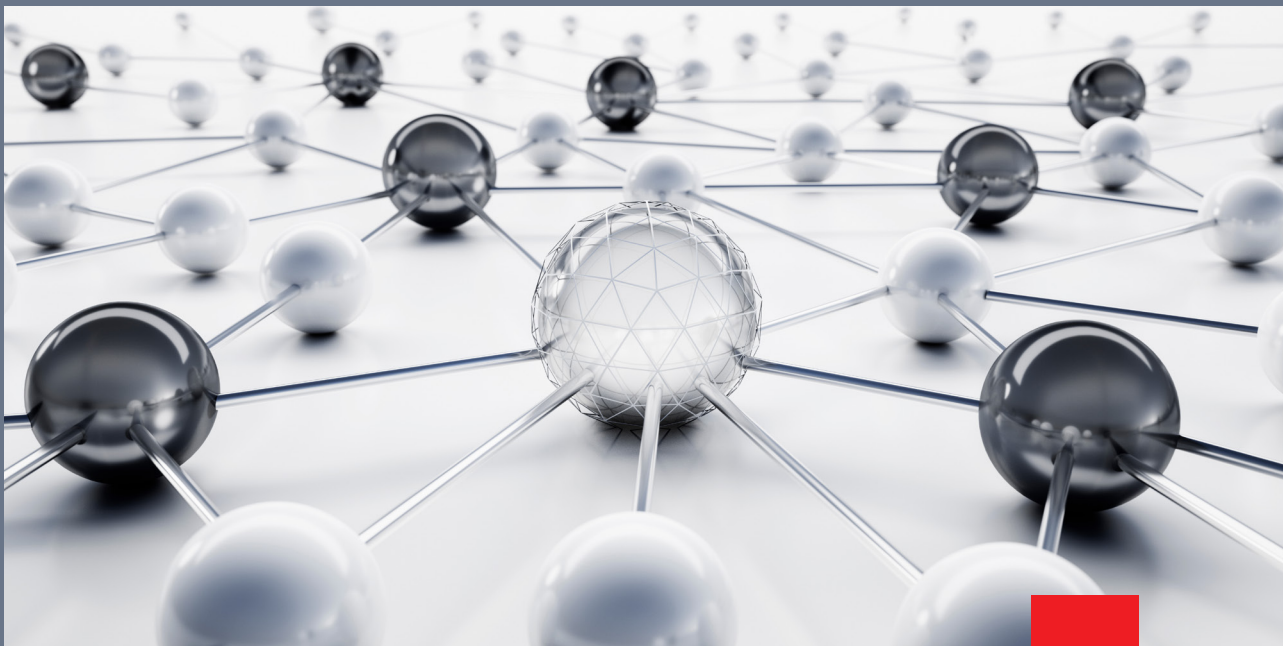




Wirtschaftspolitischer Beirat

Tätigkeitsbericht

Nr. 01 | 2024

Leidenschaft
Möglichkeiten
Ideen
Entscheidungen
Menschen
Verantwortung
Scheitern
Besser scheitern
Gewinnen

**Selbstverständlich
selbständig.**



Herausgeber und Hersteller:

Wirtschaftskammer Steiermark
Institut für Wirtschafts- und Standortentwicklung
Körblergasse 111-113
8010 Graz

Rückfragen:

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an das
Institut für Wirtschafts- und Standortentwicklung der
Wirtschaftskammer Steiermark
T +43 (0)316 601-796
E iws@wkstmk.at

Für den Inhalt verantwortlich:

Mag. Dr. Ewald Verhounig
Mag. Johannes Absenger
Mag. Simone Harder
Priv.-Doz. Mag. Dr. Florian Mosing
Mag. Robert Steinegger
Mag. Jan Tschofen

Bildrechte:

stock.adobe.com - peterschreiber.media (Titel)

Gleichheitsgrundsatz:

In der vorliegenden Broschüre sind wir um eine geschlechtsneutrale Formulierung bemüht. Wir möchten ausdrücklich festhalten, dass dort, wo keine geschlechtsneutrale Formulierung möglich war, die verwendeten Begriffe und Bezeichnungen für alle Geschlechter zu verstehen sind.

Graz, 12. Juni 2024

IMPULSE ZUM WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN BEIRAT



Ing. Josef Herk
Präsident der WKO Steiermark
© Oliver Wolf

„Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch Inflation, Energiekrise sowie Arbeits- und Fachkräftemangel ist eine aktive Interessenpolitik für die Wirtschaft in der Steiermark dringender denn je. Mit dem Wirtschaftspolitischen Beirat haben wir ein bewährtes Gremium, das seine interessenpolitische Durchsetzungskraft für die Steirische Wirtschaft in der Vergangenheit schon öfter unter Beweis gestellt hat. Ich bin überzeugt, dass der Wirtschaftspolitische Beirat auch in den nächsten Monaten und Jahren wieder wichtige Impulse setzen wird, um die gegenwärtigen Herausforderungen zu bewältigen.“



KommR Friedrich Hinterschweiger
Obmann der Sparte Information
und Consulting der WKO Steiermark
© Foto Fischer

„Seit seinem Bestehen hat der Wirtschaftspolitische Beirat weit über 100 gemeinsame Anträge eingebracht und weiterverfolgt. Zudem wurden bei zahlreichen Enqueten bzw. Veranstaltungen Themen vertieft und von unterschiedlichen Seiten beleuchtet. Damit hat sich der Beirat als wesentlicher politischer Akteur in der Steiermark etabliert. Vorbildhaft sind dabei die gute fraktionsübergreifende Arbeit und unser gemeinsamer Einsatz für die steirischen Unternehmerinnen und Unternehmer. Mein Dank gilt dabei insbesondere den Leiterinnen und Leitern sowie Mitgliedern der einzelnen Projektteams. Im Ergebnis können mittlerweile eine Vielzahl von interessenpolitischen Erfolgen aufgelistet werden.“



Dr. Karl-Heinz-Dernoscheg, MBA
Direktor der WKO Steiermark
© Foto Fischer

„Der Wirtschaftspolitische Beirat hat am Beginn der neuen Periode fünf Themenschwerpunkte festgelegt, wobei insbesondere das Thema Nachhaltigkeit neu aufgenommen wurde. Damit sind wir bei der Behandlung interessenpolitischer Themen weiterhin am Puls der Zeit. Besonders hervorheben möchte ich die gute Zusammenarbeit von Wirtschaftstreibenden mit Expertinnen und Experten der WKO Steiermark im Rahmen der Projektteams, die sich als sehr wertvoll und zielführend erwiesen hat. Ich bin zuversichtlich, dass der Wirtschaftspolitische Beirat seinen Weg erfolgreich fortsetzen wird.“

Inhaltsverzeichnis

1	TÄTIGKEIT DES WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN BEIRATS	1
1.1	Zusammensetzung und Aufgaben	1
1.2	Arbeitsschwerpunkte.....	1
2	AKTUELLE KONJUNKTURLAGE	2
3	ERFOLGE DES WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN BEIRATS DER VERGANGENEN JAHRE	3
4	BERICHT ZU DEN ANTRÄGEN VOM NOVEMBER 2023	6
5	AKTUELLE THEMEN DER EINZELNEN PROJEKTTEAMS	9
5.1	Infrastruktur, Energie & Nachhaltigkeit.....	9
5.2	Fairness & Entbürokratisierung.....	9
5.3	Arbeit & Soziales	9
5.4	Bildung, Jugend & Fachkräfte	10
5.5	Standort, Regionen & Unternehmertum.....	10
6	VERANSTALTUNGEN	11
7	ANTRÄGE DES WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN BEIRATS	13
8	MITGLIEDER DES WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN BEIRATS	18
9	MITGLIEDER DER PROJEKTTEAMS DES BEIRATS.....	19

1 Tätigkeit des Wirtschaftspolitischen Beirats

1.1 Zusammensetzung und Aufgaben

Mit der Arbeit des Wirtschaftspolitischen Beirats erfährt die interessenpolitische Arbeit und in weiterer Folge auch das Wirtschaftsparlament der WKO Steiermark eine zusätzliche demokratiepolitische Aufwertung. Der Wirtschaftspolitische Beirat ist fraktionell gemäß den vorherrschenden Mehrheitsverhältnissen im Wirtschaftsparlament zusammengesetzt und wurde nach dem „Shapley’schen Verfahren“ ermittelt. Die neuerliche Einrichtung des Wirtschaftspolitischen Beirats für die Funktionsperiode 2020-2025 wurde im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Steirischen Wirtschaftsparlamentes am 27. Mai 2020 gemäß § 39 Abs. 1 Geschäftsordnung beschlossen.

In der konstituierenden Sitzung des Wirtschaftspolitischen Beirats am 4. Juni 2020 wurden einstimmig SPO FVO KommR Friedrich Hinterschweiger als Vorsitzender und RSO KommR Johann Lampl als Stellvertreter des Wirtschaftspolitischen Beirats gewählt.

Kernaufgabe des Wirtschaftspolitischen Beirats ist es, unter Einbindung entsprechender Experten der WKO Steiermark, Themenschwerpunkte zu erarbeiten. Ziel der Tätigkeit des Beirats ist es, inhaltliche Empfehlungen in Form von Anträgen an das Wirtschaftsparlament in schriftlicher Form zu erarbeiten. Um der Arbeit eine entsprechende Breite und Tiefe zu verleihen, werden als Begleitmaßnahme Enqueten durchgeführt, im Rahmen derer die Fragestellungen einer kritischen Diskussion unterzogen werden.

1.2 Arbeitsschwerpunkte

Der Wirtschaftspolitische Beirat wird sich in der neuen Periode im Detail wieder mit fünf Themenschwerpunkten beschäftigen, die von fünf eigenen Projektteams entsprechend bearbeitet werden:

- **Infrastruktur, Energie & Nachhaltigkeit**
- **Fairness & Entbürokratisierung**
- **Arbeit & Soziales**
- **Standort, Regionen & Unternehmertum**
- **Bildung, Jugend & Fachkräfte**

Mit diesen Bereichen bearbeitet der Wirtschaftspolitische Beirat aus interessenpolitischer Sicht wesentliche strategische Eckpfeiler. Die Arbeit des Beirats und der Projektteams findet im aktuellen Wirtschaftsparlament in Form von 4 Anträgen an das Wirtschaftsparlament ihren Niederschlag. Die einzelnen Anträge sind in Abschnitt 7 dieses Berichts auch entsprechend einzusehen. Die Ergebnisse der bisherigen Aktivitäten des Wirtschaftspolitischen Beirats werden in den Abschnitten 3 bis 6 näher ausgeführt.

2 Aktuelle Konjunkturlage

IHS: „Privater Konsum stützt langsam anziehende Konjunktur“

WIFO: „Gegenwind hält Österreichs Wirtschaft 2024 nahe an der Stagnation“

2023 ist das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um -0,8 % zurückgegangen, was in erster Linie auf die hohe Inflation, den Anstieg im Zinsniveau und auf die schwache Wirtschaftslage im Euroraum zurückzuführen ist. 2024 soll – laut der Wirtschaftsforschungsinstitute IHS und WIFO – wirtschaftlich unter etwas besseren Vorzeichen stehen, obwohl sich die österreichische Wirtschaft weiterhin nahe der Stagnation bewegen dürfte (BIP 2024 IHS: +0,5%; WIFO: +0,2%). Der Preisauftrieb wird sich den Prognosen zufolge im Jahresverlauf weiter abschwächen und der private Konsum zwischen +1,2 % (WIFO) und +1,4 % (IHS) zulegen. Der heimische Arbeitsmarkt steht 2024 dennoch weiterhin im Schatten der Konjunkturschwäche, womit die Arbeitslosenquote auf 6,7 % (WIFO) bzw. 6,9 % (IHS) ansteigen dürfte.¹

Prognose 2024 & 2025 für Österreich vom 22. März 2024 (Veränderung zum Vorjahr in %)	WIFO			IHS		
	2023	2024	2025	2023	2024	2025
BIP, real	-0,8	+0,2	+1,8	-0,8	+0,5	+1,5
Private Konsumausgaben, real	-0,3	+1,2	+2,1	-0,3	+1,4	+1,6
Bruttoanlageinvestitionen, real	-2,4	-2,0	+2,2	-2,4	-0,8	+1,9
...Ausrüstungsinvestitionen, real	+0,7	-0,3	+2,8	+0,7	+0,5	+2,7
...Bauinvestitionen, real	-5,9	-4,0	+1,5	-5,9	-2,4	+1,0
Warenexporte, real	+0,7	+1,2	+3,8	+0,7	+1,5	+2,3
Warenimporte, real	-2,7	+1,5	+3,8	-2,7	+1,7	+2,4
Verbraucherpreise	+7,8	+3,8	+2,7	+7,8	+3,5	+2,6
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	+1,2	+0,4	+1,1	+1,2	+0,3	+0,5
Arbeitslosenquote*	6,4	6,7	6,5	6,4	6,9	6,6

*in % der unselbständigen Erwerbspersonen (nationale Definition)

Quelle: Institut für höhere Studien (IHS); Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

¹ Vgl. Presseinformationen von IHS und WIFO vom 22. März 2024: „Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2024–2025“ sowie „Prognose für 2024 und 2025“.

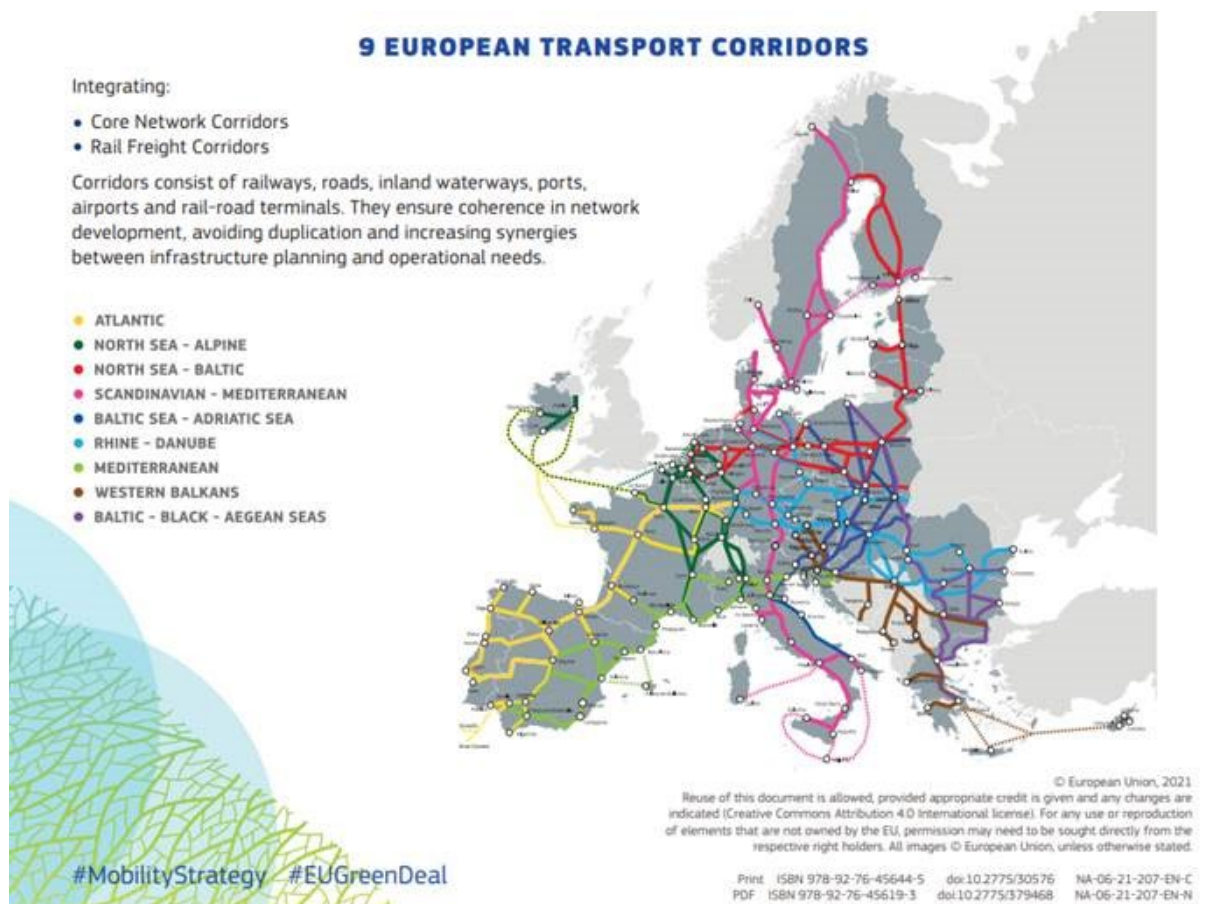
3 Erfolge des Wirtschaftspolitischen Beirats der vergangenen Jahre

▪ Ältere länger im Erwerbsleben halten

Die Regierung hat sich auf ein erstes Paket für den Bereich „längeres Arbeiten“ geeinigt. Wird über das Regelpensionsalter hinaus gearbeitet, entfallen künftig die Pensionsversicherungsbeiträge bis zu einem Verdienst in Höhe der doppelten Geringfügigkeitsgrenze. Das bringt im Jahr ca. 1.200 Euro. Zudem wird die Altersteilzeit attraktiver gestaltet. Die Dienstnehmer bekommen die Hälfte des reduzierten Gehalts ersetzt, für Dienstgeber werden die vollen Kosten der Inanspruchnahme ersetzt. Aus Sicht der WKO Steiermark geht der Entfall eines Teils der Versicherungsbeiträge zwar in die richtige Richtung, Ziel ist jedoch weiterhin der Entfall aller Abgaben beim Weiterarbeiten nach dem Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters.

▪ Aufnahme der Pyhrn-Schober – Achse in das europäische TEN-Kernnetz und Zielnetz 2040+

Beim neuen Vorschlag der europäischen Kommission zur Revision der transeuropäischen Kernnetz-korridore ist die Pyhrn-Schober-Achse als Teil des Alpen-Westbalkan-Korridors aufgenommen worden. Damit ist eine langjährige Forderung der WKO Steiermark erfüllt worden. Mit der Weiterentwicklung dieser Achse, dem Neubau des Bosruck-Eisenbahntunnels und der südlichen Fortsetzung über Kroatien, Serbien und dem Balkanraum ergeben sich besondere Wachstumschancen für den steirischen Wirtschaftsraum.



Zudem wurden wesentliche Projekte für die Steiermark (Bosrucktunnel Neu, Graz-Bruck/Mur) im Zielnetz 2040+ des BMK verankert.

▪ **Breitbandausbau Steiermark – ein regional- und wirtschaftspolitischer Erfolgsweg**

Der Aufholprozess der Steiermark im Bereich Glasfaserausbau ist seitens des Landes erfolgreich eingeleitet worden. Durch die Gründung der Steirischen Breitband- und Digitalinfrastrukturgesellschaft (sbidi) sind bereits neun eigene Glasfaserprojekte in Betrieb. Die südsteirische Gemeinde St. Nikolai im Sausal wurde als eine von fünf europäischen Kommunen in Brüssel mit dem Europäischen Breitbandpreis ausgezeichnet. Neben dem Ausbau in Regionen, wo der Markt versagt, ist die sbidi aber auch wichtiger Ansprechpartner für alle steirischen Gemeinden und fungiert als Vernetzungsdrehscheibe beim Glasfaserausbau. So verfügt mittlerweile jede der 286 steirischen Gemeinden über einen Glasfaser-Zugangspunkt, der die Grundlage für sämtliche Anschlüsse von Betrieben und Haushalten ist. Zukunftsgerichtet, mit Blick auf die kommenden Fördercalls, ist aus Sicht der Steiermark wichtig, den Fokus auf die noch verbleibenden weißen und grauen Flecken in unterversorgten Gebieten zu richten und zu überlegen, wie hier der Ausbau vorangebracht werden kann.

▪ **Schieneninfrastruktur Steiermark**

Der aktuelle Rahmenplan (ÖBB – BMK) sieht für die Steiermark in den Jahren 2024 bis 2029 wichtige Projekte vor, die langjährig gefordert wurden. Insgesamt fließen 3,4 Mrd. € in den Ausbau des steirischen Schienennetzes. Neben der Finalisierung von Semmering-Basistunnel und Koralmbahn sind folgende Projekte besonders positiv hervorzuheben:

- Zweigleisiger Ausbau Werndorf – Spielfeld-Straß
- Planung Bosruck-Tunnel – Neubau (Pyhrn-Schober-Achse, strategischer Ausblick)
- Elektrifizierung Graz-Köflach-Bahn und steirische Ostbahn (Rahmenplan-Programmzeile)
- Attraktivierung der Radkersburger Bahn Spielfeld-Straß – Bad Radkersburg und der Thermenbahn von Fehring nach Friedberg (Rahmenplan-Programmzeile)

▪ **„Weiter!Bilden“**

Als Nachfolgeprogramm der Meisterprämie werden steirische Unternehmen im Rahmen des neuen Förderungsprogramms „Weiter!Bilden“ der Steirischen Wirtschaftsförderung SFG unterstützt. Im Mittelpunkt steht dabei das Thema nachhaltige Unternehmensentwicklung, wobei der Begriff Nachhaltigkeit bewusst weit gefasst ist. Unterstützt werden daher Weiterbildungsmaßnahmen rund um folgende Themen: Nachhaltiger unternehmerischer Fortschritt; Nachhaltige Fachkräfteentwicklung und Ressourcen, Umwelt, Klima.

Die Förderhöhe beträgt 30 Prozent der externen Weiterbildungskosten, maximal jedoch 2.500 Euro pro Förderantrag. Jedes Unternehmen kann bis zu zwei Förderungsanträge im Kalenderjahr einreichen, die höchstmögliche Fördersumme pro Unternehmen beträgt damit 5.000 Euro.

▪ **Reparaturbonus**

Unter dem Motto „Repariert statt ausrangiert“ fördert das Umweltministerium bis 2026 die Reparatur von Elektro- und Elektronikgeräten. Die Förderung kann von Privatpersonen mit Wohnsitz in Österreich in Anspruch genommen werden und beträgt 50 Prozent der Kosten bis zu max. 200 Euro je Reparatur bzw. max. 30 Euro für einen Kostenvoranschlag. Der Bonus läuft bis 2026 und ist mit einem Volumen von 130 Mio. Euro ausgestattet.

▪ **Abschaffung Instanzenzug im Baurecht**

Mit der Novelle des Stmk. Baugesetzes aus dem Jahr 2020 wird ein Beschluss des Wirtschaftsparlamentes umgesetzt und der gemeindeinterne Instanzenzug im Baurecht abgeschafft. In der Praxis wird sich dadurch insbesondere die Verfahrensdauer verkürzen.

▪ **Maßnahmen gegen Fachkräftemangel**

Mit der Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot – Karte wurde ein wesentlicher Schritt zu Verbesserung der Rahmenbedingungen für den qualifizierten Zuzug gesetzt. Die Reform hat sich in den letzten Monaten äußerst positiv auf die Anzahl der Beantragungen sowie Ausstellungen ausgewirkt. So haben sich die Antragszahlen in der Steiermark in den ersten beiden Quartalen im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht!

Unabhängig davon würde die Umsetzung folgender Punkte die RWR-Karte noch attraktiver machen:

- Anerkennung der Berufsausbildung im Mangelberuf
- Einheitliche Beurteilung der Vergleichbarkeit von Ausbildungen
- Anerkennung non-formaler Kenntnisse
- Schaffung eines Aufenthaltstitels für Lehrlinge

Auf Landesebene wurden mehrere Job-Messen mit dem AMS veranstaltet und ein Fachkräftegipfel initiiert. Zudem wurde im Rahmen eines Fachkräfteforums auf Sozialpartnerebene das Thema intensiv behandelt. Weiters hat die WKÖ mit dem Fachkräft radar ein Tool entwickelt, mit dem der aktuelle Fachkräftemangel (Stellenandrang nach Berufsgruppen) bis auf Bezirksebene dargestellt werden kann.

▪ **Reformen im Bereich des AMS Steiermark:**

Forcierung der Arbeitsplatznahen Qualifizierung – AQUA

Im AMS Steiermark wird die arbeitsplatznahe Qualifizierung derzeit über zwei Schienen angeboten. Das Produkt AQUA ermöglicht Unternehmen die Chance qualifiziertes Personal für ihre individuellen Anforderungen auszubilden. Daneben besteht schon länger die Möglichkeit über Implacementstiftungen Personal zu rekrutieren. Beide Schienen werden im AMS Steiermark weiter forciert.

Erfreulich ist, dass mit Herbst 2021 die Insolvenz- bzw. Regionalstiftung in der Steiermark eingerichtet worden ist. Mit 2022 wurde zusätzlich die sogenannte DIGI:Stiftung Steiermark etabliert, die zur Unterstützung des Fachkräfteaufbaus in digitalisierten Berufsbereichen beitragen wird. Auf Bundesebene wurde aktuell von WKÖ und ÖGB in Kooperation mit AUFLEB die Umweltstiftung ins Leben gerufen.

Ausweitung des „AMS-Erhebungsdienstes“

Im Zusammenhang mit der Überprüfung eines missbräulichen Bezugs von AMS-Geldern wird das bestehende Pilotprojekt des „AMS-Erhebungsdienstes“ wie im Antrag vom 20. Juni 2017 gefordert, nunmehr auf die ganze Steiermark ausgeweitet.

▪ **Anpassung Verordnung belastete Gebiete Luft**

Gebietsausweisungen durch diese Verordnung haben eine wichtige standortpolitische Bedeutung, da durch die Ausweisung in diesen Regionen die UVP-Pflicht bereits ab einem niedrigeren Schwellenwert (i.d.R. bereits ab dem halben Schwellenwert) zu prüfen ist. Im Rahmen einer Novelle konnte, aufgrund der erfreulichen Entwicklung der Luftgüte, die Anzahl der ausgewiesenen Gemeinden in der Steiermark deutlich reduziert werden. In den Bezirken Bruck-Mürzzuschlag, Murtal, Leoben, Weiz, Voitsberg und Hartberg-Fürstenfeld entfallen die Ausweisungen für Feinstaub gänzlich und in den Bezirken Graz-Umgebung, Leibnitz und Südoststeiermark sind wesentliche Gebietsreduktionen zu verzeichnen.

▪ **Mikro-ÖV-Strategie Neu**

Wie von der WKÖ Steiermark gefordert, wird die Mikro-ÖV Strategie unter Einbindung der WKÖ Steiermark überarbeitet. Eine bessere Integration von Mikro-ÖV in den öffentlichen Verkehr ist anzustreben. Regionale Aspekte sind bei der Ausgestaltung der Ausschreibungen zu berücksichtigen.

4 Bericht zu den Anträgen vom November 2023

Im Wirtschaftsparlament im November 2023 wurden von den Projektteams des Wirtschaftspolitischen Beirats nachstehende Anträge eingebracht und vom Wirtschaftsparlament der WKÖ Steiermark beschlossen. Im Folgenden werden die Ergebnisse bzw. der Status Quo bei längerfristig angelegten interessenpolitischen Aktivitäten, überblicksmäßig dargestellt:

- **Erstellung eines bundesländerübergreifenden regionalpolitischen Masterplans für den Wirtschaftsraum Südösterreich**

In seiner Stellungnahme hat Landeshauptmann-Stv. Lang angemerkt, dass der gesamte Süden Österreichs durch die neue Koralmbahn zu einem Zukunftsraum wird und dies nicht nur Wirtschaft, Arbeit und Innovation betrifft. Er weist weiters darauf hin, dass man im Zuge eines Treffens der Kärntner und Steiermärkischen Landesregierungen im September 2023 im Rahmen einer Absichtserklärung übereingekommen ist in Zukunft noch viel stärker zusammenzuarbeiten.

Um die bestehende Absichtserklärung zu konkretisieren haben die Abteilungen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung mit den ihnen zugeordneten landeseigenen Gesellschaften in den letzten Monaten 45 Kooperationsprojekte definiert und initiiert, die gemeinsam mit den Partnerstellen und Partnerorganisationen in Kärnten umgesetzt werden. Diese reichen von einer gemeinsamen Hochschulkonferenz, eine engere Kooperation im Breitbandausbau und Ausbau von Photovoltaikanlagen, gemeinsame Kulturveranstaltungen bis hin zu einer Entwicklung eines eigenen „Koralmindex“, der den Erfolg des Projektes Koralmbahn messbar und sichtbar machen soll.

Zudem wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Kooperation begleiten und steuern soll. In diesen Prozess werden auch die Sozialpartner eingebunden. Eine erste umfangreiche Bilanz der intensivierte Kooperation werden beide Landesregierungen im Zuge ihrer 2. Steiermark-Kärnten-Konferenz im September 2024 ziehen.

- **Betriebliche Kinderbetreuung: Informations- und Beratungsangebot für Unternehmen in der Steiermark**

Seitens Landesrat Amon wurde zum gegenständlichen Antrag festgehalten, dass die Abteilung 6 Bildung und Gesellschaft im Februar 2024 den Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Sozialpartner aufgenommen. Dabei wurde übereinkommen, dass das Land Steiermark in Kooperation mit den genannten Institutionen eine Information zur betrieblichen Kinderbildungs- und -betreuung ausarbeiten wird, um Verfahrensabläufe übersichtlich darzustellen und vor allem spezifische Fragestellungen aus betrieblicher Sicht zu beantworten. Aktuell werden die konkreten Fragestellungen aus dem Blickwinkel der Wirtschaft erhoben und gesammelt.

- **Mikro-ÖV als zukunftssträchtiges Verkehrskonzept im ländlichen Raum etablieren**

Landeshauptmann-Stv. Lang hat in seiner Beantwortung darauf hingewiesen, dass derzeit eine ExpertInnen-Gruppe des Landes und des Verkehrsverbundes unter Einbindung eines externen Beraters zur Evaluierung und Überarbeitung der Mikro-ÖV-Strategie des Landes Steiermark tagt. Derzeit sind mehrere Szenarien in Ausarbeitung, die die verschiedenen Integrationstiefen des Mikro-ÖV in den öffentlichen Linienverkehr untersuchen. Zu einem späteren Zeitpunkt ist auch die Einbeziehung externer Stakeholder vorgesehen.

- **Sicherstellung der Leistbarkeit der Energieversorgung im Hinblick auf den künftigen Investitionsbedarf in die Stromverteilernetze**

Seitens der WKÖ wurde zum gegenständlichen Beschluss festgehalten, dass aktuell nur ein „bedarfsorientierter Netzausbau“ umgesetzt wird, der von den Netznutzern finanziert wird. Zur Finanzierung des dringend notwendigen vorausschauenden Netzausbaus fordert die WKÖ die Schaffung eines Energieinfrastrukturfonds aus Budgetmitteln, um die Kostenbelastung der Netzkund:innen gering zu halten.

Weiters hat die WKÖ zur Eindämmung der gestiegenen Netzverlustkosten eine systemische Änderung bei der Beschaffungsstrategie der Netzverlustmengen massiv eingefordert. Die Regulierungsbehörde hat dann einen ersten „systemischen“ Schritt bei der Festlegung der Netzverlustentgelte in der für 2024 geltenden Tarifverordnung für das Stromnetz gesetzt, durch die es zu einer entnehmerseitigen Entlastung kommt. Damit wurde der bestehende gesetzliche Rahmen ausgenützt. Die WKÖ wird sich weiterhin für eine gesetzliche Änderung einsetzen, um zusätzliche Entlastungen zu ermöglichen.

- **Auseinandersetzung mit alternativen Energieerzeugungssystemen als Teil der Energiewende im Rahmen einer Enquete**

Am 6. Juni 2024 fand der 12. Grazer Energierechtstag erstmals in der WKO Steiermark statt. Die WKO trat als Kooperationspartner auf und brachte sich sowohl programmatisch wie auch inhaltlich ein.

- **Reduktion der Luftsanierungsgebiete**

Landesrätin Lackner hat in ihrer Stellungnahmen u.a. darauf hingewiesen, dass für das Sanierungsgebiet „Außeralpine Steiermark“ in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 keine Überschreitungen des PM10-Grenzwertes verzeichnet wurden. Die endgeprüften Daten für das Jahr 2023 liegen jedoch noch nicht vor. Somit kann derzeit noch keine fachlich fundierte Aussage dahingehend getätigt werden, ob tatsächlich von einer langfristigen Unterschreitung des PM10-Grenzwertes auszugehen ist. Um eruieren zu können, ob die „Außeralpine Steiermark“ als Sanierungsgebiet aufzuheben ist, muss überdies abgeschätzt werden, welcher Effekt auf die Immissionsbelastung durch die Aufhebung der Ausweisung und des damit verbundenen Entfalls der emissionsmindernden Maßnahmen eintritt und wie groß dieser Effekt sein kann. Die Aufhebung von Sanierungsgebieten wäre durch entsprechende Untersuchungen zu untermauern. Die Aufhebung wäre allerdings zu hinterfragen, zumal spätestens im Jahr 2026 Sanierungsgebiete mit wesentlich strengeren Immissionsvorgaben installiert werden müssen. Zusammenfassend wird festgehalten, dass die Aufhebung der Ausweisung als Sanierungsgebiet betreffend die „Außeralpine Steiermark“ derzeit fachlich nicht gerechtfertigt werden kann.

Die WKO Steiermark wird sich weiterhin für eine Reduzierung der Sanierungsgebiete einsetzen.

- **Verfahrensbeschleunigung bei der Rot-Weiß-Rot – Karte**

Die WKÖ setzt sich seit geraumer Zeit mit Nachdruck und in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Ministerien und anderen Stakeholdern für eine stetige und möglichst praxisorientierte Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot – Karte ein. Durch die Reform der RWR-Karte im Herbst 2022 konnten bereits zahlreiche Forderungen der Wirtschaft umgesetzt werden. Erfreulicherweise zeigt sich das auch in der Entwicklung der Zahlen, die im Jahr 2023 auf insgesamt knapp 8.000 Bewilligungen gestiegen sind. Dennoch bleiben einige Forderungen offen, die die WKÖ bereits im kontinuierlichen Austausch mit den

zuständigen Ministerien eingefordert hat und insbesondere auch im Rahmen der nächsten Regierungsbildung proaktiv einbringen wird.

Wichtige Punkte sind hierbei die weitere Beschleunigung und vollständigen Digitalisierung des Verfahrens für eine RWR-Karte samt digitaler Antragstellung sowie der Aufbau einer Datenbank von Ausbildungen für die RWR-Karte. Letzteres konnte von der WKÖ bereits erfolgreich beim BMAW angestoßen werden. Als Pilot werden derzeit die beiden Fokusbänder Indonesien und Philippinen vorab bewertet und eine öffentlich zugängliche Datenbank der sich für die RWR-Karte qualifizierenden Ausbildungen erstellt. Hinsichtlich eines Westbalkankontingentes ist die größere Hauptforderung der WKÖ, den freien Arbeitsmarktzugang der EU-Beitrittskandidaten aus dem Balkan vorzuziehen. Sollte dies nicht erreicht werden, dann soll zumindest ein Westbalkankontingent wie in Deutschland eingeführt werden.

5 Aktuelle Themen der einzelnen Projektteams

5.1 Infrastruktur, Energie & Nachhaltigkeit

- **Zielnetz 2040+ - Stellungnahme / Gipfelgespräch**
- **Mobilitätsstrategie Stmk. 2024+ / Mobilitätsmasterplan Graz 2040**
- **Masterplan Oststeiermark**
- **Mikro -ÖV (G, GU, Voitsberg)**
- **Solar-Wärme-Speicher Wildon**
- **Fernwärme Graz** (Fernwärmepreisverfahren nach dem PreisG)
- **Wasserstoffstrategie Land Steiermark** (Die Strategie soll dazu dienen, den gegenwärtigen Zustand der Wasserstoffwirtschaft in der Steiermark zu beschreiben und auf Basis dessen zukünftige Zielzustände abzuleiten) – Eine Umfrage ist geplant und in Ausarbeitung.
- **Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR):** Steiermark Workshop BMK im Juni
- **Umsetzungspfad Erneuerbaren-Ziele 2030 auf Landesebene** (Ausbau PV, Wind, Wasserkraft)

5.2 Fairness & Entbürokratisierung

- **Projekt Verfahrensbeschleunigung**
- **Grace-Period-Gesetz** (Erleichterung für Betriebsübergaben)
- **Orts- und Stadtkernstärkung**
- **Leerstandsabgabe**
- **Bodenstrategie - ÖROK**
- **Landespolitik und –recht:**
 - Landesstrategien
 - Hubschrauberflüge – Naturschutz
 - Stadt- und Ortsbildgesetz

5.3 Arbeit & Soziales

- **Selbstständigkeit im (Regelpension-)Alter**
- **Maßnahmen zur Arbeitskräftemobilisierung:**
 - Höhenmäßige Überprüfung der Sozialleistungen
 - Reform des Arbeitslosengeldes
 - Teilkrankenstand
 - Zuverdienstmöglichkeiten neben dem Arbeitslosengeld/der Sozialhilfe
 - Reform der Bildungskarenz
- **Fachkräftemangel**
 - Internationale Fachkräfte-Offensive
 - Stand Rot-Weiß-Rot-Karte

5.4 Bildung, Jugend & Fachkräfte

- **Internationale Schule**
 - Strategie in Ausarbeitung
- **Kinderbildung/-betreuung**
 - Betriebliche Kinderbetreuung – Anlaufstelle für Unternehmen
 - Forderungsprogramm auf Sozialpartnerebene
- **Bildungs- und Berufsorientierung**
 - BBO-Sozialpartnerstudie
 - „Regionale BBO-Koordinatoren“ – Antrag
- **Kostenloser Weg zur Meister- und Befähigungsprüfung**

5.5 Standort, Regionen & Unternehmertum

- **Konjunkturlage: Winter-Frühjahr sehr herausfordernd**
 - Konjunkturflaute in Industrie und produzierendem Gewerbe plus Wettbewerbsnachteile aufgrund immenser Kostennachteile (KV-Abschlüsse, Energie, Bürokratie)
 - massiver Einbruch im Bereich Bau/Baunebengewerbe
 - massiver Einbruch bei der Kreditvergabe und große Zurückhaltung bei Investitionen
- **Fachkräfte- und Mitarbeitermangel**
 - WKO-Agenda: Überregionale Vermittlung inkl. Anreize, RWR-Card-Novelle, Reformen im AIVG (z.B. degressives Arbeitslosengeld), Stiftungen & Beihilfen
 - Aktivität auf Landesebene: IFO – internationale Fachkräfteoffensive gemeinsam mit Land Stmk. und IV Steiermark intensivieren
- **Projekt AREA SÜD - „Wirtschaftsraum Südösterreich“**
 - ERFA und Positionspapier auf Länderebene mit Abteilungen und Ressort in Planung
 - Ziel: gemeinsame wirtschafts- und regionalpolitische Agenda beider Bundesländer – Leistung muss sich lohnen
- **Interessenpolitisches Leitthema der WKO Stmk 2024 - Eckpunkte:**
 - Steuer- und Abgabenlast senken sowie Vollzeit attraktivieren
 - Leistungshemmer Bürokratie: bürokratischen Aufwand reduzieren
 - überbordendes Sozialsystem reformieren
 - Bildungssystem an Bedürfnissen der Wirtschaft ausrichten
 - Unternehmen statt unterlassen: www.unternimmwas.at
- **Baustellenproblematik Graz**
 - Langzeitbaustellen gefährden nach wie vor die Innenstadt als Wirtschaftsstandort

6 Veranstaltungen

▪ Enquete „Selbständigkeit im (Regel-)Pensionsalter“

Am 6. Mai 2024 fand in der WKÖ Steiermark eine Enquete zum Thema „Selbständigkeit im (Regel-)Pensionsalter“ statt. Durch den Abend führte Gastgeberin und Moderatorin FGO Daniela Gmeinbauer. Im Zuge dieser Veranstaltung wurde die späte Selbständigkeit aus mehreren Blickwinkeln beleuchtet. Den Anfang machte Richard Kaan – Experte für Senior Skills – der die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen darlegte. Im Anschluss erläuterten Prof. Mag. Peter Meiregger (FH Campus 02) und Herr Helmut Gratzer von der SVS die steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Besonderheiten dieser späten Erwerbstätigkeit. Es folgte eine emotionale und anregende Diskussion bezüglich etwaiger Gesetzesänderungen, die den Ruf nach einer Folgeveranstaltung aufkommen ließen.



Von links: Helmut Gratzer, Andreas Köck, Maria Köck, Peter Meiregger, Richard Kaan, Daniela Gmeinbauer
© Foto Fischer



© Foto Fischer

12. Grazer Energierechtstag

Am 06. Juni 2024 fand der 12. Grazer Energierechtstag, eine Kooperationsveranstaltung der WKO Steiermark mit der Energie Steiermark und der Uni Graz, statt. Vor dem Hintergrund des beschleunigten Ausbaus erneuerbarer Energien wie z.B. PV, steigt die Komplexität im Energiesystem auf mehreren Ebenen (Übertragungsnetze Hoch- und Niederspannungsbereich, Steuerungsmanagement, Produzenten, Konsumenten, Regulierung, Tarifsysteme, Speichertechnologien etc.). Folgende Themen wurden hier aus ökonomischer und rechtlicher Perspektive diskutiert:

- „Erneuerbare Gase“
- Energiespeicher - Überblick über den Rechtsrahmen
- Optimierungspotenziale bei Netzanschluss und Netzzugang
- Möglichkeiten und Chancen eines neuen Elektrizitätswirtschaftsgesetzes

Rund 200 Teilnehmer:innen aus Wirtschaft und Wissenschaft folgten der Einladung zu dieser hochkarätig besetzten Veranstaltung.



Von links: Friedrich Hinterschweiger (WKO Steiermark), Stefan Storr (Uni Graz), Max Oberhumer (Spartenobmann Industrie; Sappi), Roland Wolfart (Energie Steiermark)



Volles Haus beim 12. Grazer Energierechtstag

7 Anträge des Wirtschaftspolitischen Beirats

Projektteam Bildung, Jugend & Fachkräfte

Gemeinsamer Antrag aller Wählergruppen

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Steiermark, Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Grüne Wirtschaft Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark

an das Wirtschaftsparlament der WKÖ Steiermark am 12. Juni 2024

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirates hat sich das Projektteam Bildung, Jugend und Fachkräfte u.a. mit dem Thema „Übernahme der Lehrabschlussprüfungsgebühr durch die öffentliche Hand“ beschäftigt. Basierend auf den Ergebnissen im Projektteam fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKÖ Steiermark gemeinsam folgende Maßnahme:

Übernahme der Lehrabschlussprüfungsgebühr durch die öffentliche Hand

Es besteht ein wachsender Bedarf an Fachkräften mit einer Lehrausbildung, wie die aktuellen Arbeitsmarktstatistiken zeigen: Denn in ganz Österreich übersteigt das Angebot an offenen Lehrstellen die Zahl der Bewerber. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sind Maßnahmen erforderlich, die die berufliche Bildung insgesamt aufwerten und das Ansehen der Lehre in der Gesellschaft verbessern.

Rund 6.500 Personen absolvieren pro Jahr eine Lehrabschlussprüfung in der Steiermark. Diese verlangen hohe fachliche Expertise und sind nach dem nationalen Qualifikationsrahmen auf derselben Stufe wie eine AHS-Matura angesiedelt. Die Lehre ist ein Erfolgsmodell und internationales Aushängeschild für den Wirtschaftsstandort Österreich. Die österreichischen Fachkräfte zählen seit Jahren wiederkehrend zu den Besten. Selbst bei Berufswettbewerben – EuroSkills als auch World-Skills – stellen die österreichischen Lehrlinge ihre Fachkenntnisse und Fähigkeiten unter Beweis. Dies beweist die hohe Erfolgsbilanz der Medaillengewinner wieder.

Für die Lehrabschlussprüfung entstehen dem Lehrling in der Regel keine Kosten. Die Prüfungsgebühr in der Höhe von 132 Euro (gilt für das Jahr 2024) muss bei erstmaligem Antritt vom Lehrbetrieb bezahlt werden. Den steirischen Lehrbetrieben entstehen daraus Kosten von rund 750.000 Euro. Zusätzlich zu diesem Betrag werden von Seiten der Wirtschaftskammer Steiermark rund 1,5 Mio. Euro für die Abwicklung von Lehrabschlussprüfungen in der Steiermark bereitgestellt. Allfällige Zweit- oder Drittantritte werden von der öffentlichen Hand übernommen.

Die generelle Übernahme der Lehrabschlussprüfungsgebühr durch die öffentliche Hand wäre auch eine konsequente Fortsetzung der bereits erfolgten Abschaffung der Meisterprüfungsgebühren, die eine wesentliche Maßnahme zur Anerkennung der beruflichen Qualifikation und zur Förderung der beruflichen Weiterbildung war. Die Meisterprüfungsgebühren wurden mit der Begründung abgeschafft, dass die Meisterprüfung eine vergleichbare Qualifikation wie ein akademischer Abschluss darstellt und daher keine Gebühren anfallen sollten. Dieses Argument gilt ebenso für die Lehrabschlussprüfung, die eine vergleichbare Qualifikation wie eine Matura darstellt und daher ebenfalls keine Gebühren anfallen sollten. Die Übernahme der Lehrabschlussprüfungsgebühr für die Lehrbetriebe würde somit die Gleichwertigkeit der beruflichen und der schulischen Ausbildung unterstreichen und die duale Ausbildung aufwerten.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Delegierten daher folgenden

Antrag

Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll sich die Wirtschaftskammer Steiermark an die Wirtschaftskammer Österreich wenden, damit diese an das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft und das Bundesministerium für Finanzen herantritt und sich dafür einsetzt, dass die Lehrabschlussprüfungsgebühr von der öffentlichen Hand übernommen wird.

Gemeinsamer Antrag aller Wählergruppen

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Steiermark, Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Grüne Wirtschaft Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark

an das Wirtschaftsparlament der WKÖ Steiermark am 12. Juni 2024

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirates hat sich das Projektteam Bildung, Jugend und Fachkräfte u.a. mit dem Thema „Bildungs- und Berufsorientierung“ beschäftigt. Basierend auf den Ergebnissen im Projektteam fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKÖ Steiermark gemeinsam folgende Maßnahme:

Bildungs- und Berufsorientierung in der Steiermark

In der Steiermark leistet man auf vielen verschiedenen Ebenen sehr gute Arbeit im Bildungs- und Berufsorientierungsbereich. Trotz zahlreicher BBO-Maßnahmen und Angebote bestehen aber weiterhin Informationsdefizite wie u.a. die hohen Verlustraten im heimischen Bildungssystem verdeutlichen: Laut Statistik Austria schließen beispielsweise nur etwas mehr als 70% der Schüler:innen der AHS-Oberstufe vor dem sechsten Schuljahr die Ausbildung erfolgreich mit der Reifeprüfung ab. In den BHS sind es noch weniger, hier beträgt die Erfolgsquote im 6. Schuljahr noch nicht einmal 60%. Auch an den öffentlichen Universitäten gibt der Anteil an abgebrochenen Bachelorstudien innerhalb der ersten drei Semester zu denken: Gut ein Drittel der von inländischen Erstimmatrikulierten belegten Bachelor-Studien werden nach drei Semestern nicht mehr betrieben. Handlungsbedarf zeigt zudem auch die vom IHS durchgeführte österreichweite Maturierendenbefragung auf: Danach fühlen sich Maturierende in der Steiermark neben jenen in Vorarlberg am seltensten (sehr) gut über Studienmöglichkeiten informiert (nur 48%, Österreich: 53%), in Bezug auf die Möglichkeiten einer Lehre (26%), eines Kollegs (14%) oder sonstiger Ausbildungsmöglichkeiten (21%) fällt dieser Anteil noch niedriger aus.

Bildungseinrichtungen kommt im Zusammenhang mit Bildungs- und Berufsorientierung (BBO) eine zentrale Rolle zu, wobei insbesondere Mittelschulen und Allgemein höheren bildenden Schulen diesbezüglich in der siebten und achten Schulstufe einen konkreten Auftrag zu erfüllen haben. Die WKÖ Steiermark hat daher gemeinsam mit der AK Steiermark eine Studie beauftrag², um Verbesserungspotenziale im BBO-Prozess – beginnenden beim Kindergarten bis hin zur AHS-Unterstufe – aufzuzeigen. Konkret braucht es u.a. eine Vertiefung der regionalen Vernetzung zwischen Bildungseinrichtungen, Unternehmen und Bildungspartnern. Mit der regionalen BBO-Koordination wurde 2015 eine Struktur geschaffen, um dem unkoordinierten Nebeneinander von BBO-Maßnahmen zur begegnen und einen BBO-Strategieprozess auf regionaler Ebene anzuleiten. Diesen Prozess gilt es weiter zu forcieren und den Aktionsspielraum der regionalen BBO-Koordinator:innen um die operative Ebene zu erweitern.

Antrag

Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die Steiermärkische Landesregierung herantreten, um insbesondere die Professionalisierung der Bildungs- und Berufsorientierung weiter zu forcieren und die Mitarbeit der regionalen BBO-Koordinator:innen auf operativer Ebene zu ermöglichen.

² Siehe dazu [„Zugänge und Haltungen zur Bildungs- und Berufsorientierung an steirischen Kindergärten, VS, MS und AHS“](#) sowie die dazugehörige [Presseaussendung](#).

Projektteam Infrastruktur, Energie und Nachhaltigkeit

Gemeinsamer Antrag aller Wählergruppen

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Steiermark, Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Grüne Wirtschaft Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark

an das Wirtschaftsparlament der WKÖ Steiermark am 12. Juni 2024

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirats hat sich das Projektteam Infrastruktur, Energie und Nachhaltigkeit mit unterschiedlichen Standortthemen beschäftigt, wobei die Qualität und mögliche Hemmnisse bei der Entwicklung des Wirtschaftsstandorts im Mittelpunkt standen. Basierend auf diesen Ergebnissen fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKÖ Steiermark gemeinschaftlich folgende Maßnahme:

Aufnahme wichtiger Infrastruktur-Projekte für die Steiermark in das Eisenbahn-Zielnetz 2040

Das Eisenbahnzielnetz 2040 liegt im Expertenentwurf vor und wird nunmehr auf politischer Ebene abgestimmt. Für den Wirtschaftsstandort Steiermark sind darin wesentliche Projekte erwähnt, die den langjährigen Forderungen des Landes Steiermark und den Sozialpartnern entsprechen.

Dennoch ist im Zielnetzentwurf zu kritisieren, dass die Detailparameter zum Ausbau des Bosruck-Tunnels nicht einer nachhaltigen Zukunftslösung entsprechen, da die Planungen nur einen kurzen Tunnel vorsehen, obwohl die Pyhrnstrecke Teil des neu installierten Westbalkan-Ostmittelmeer-Korridors ist und als solche im Güterverkehr die wichtigste Nord-Süd-Verbindung zu den Adria Häfen darstellt. Eine Analyse von ILF-Consulting hat ergeben, dass eine längere Tunnelvariante von Pürgschachen bis kurz vor Spital am Pyhrn als beste Alternative gilt:

Abbildung 1: Bosruck-Eisenbahntunnel - Variantenanalyse

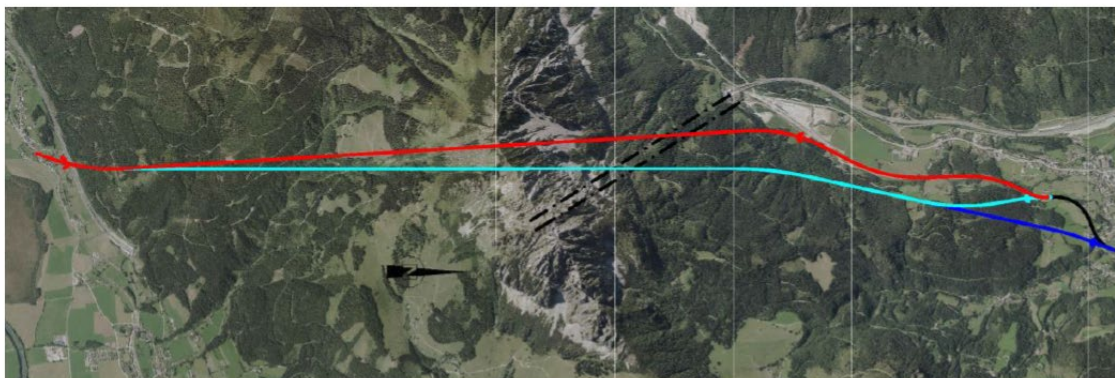


Abbildung 16: Übersichtslageplan
Tunnelvarianten, **Tunnel kurz (rot)** / **Tunnel lang V1 (cyan)** / **Tunnel lang V2 (blau)**

Quelle: ILF Consulting

Dringend sollten die Detailplanungen zu einem Bosruck-Eisenbahntunnel „Variante lang“ unmittelbar und mit Vehemenz seitens BMK und ÖBB weiterverfolgt werden, damit eine Realisierung bis 2040 realistisch ist. Diese „Tunnelvariante lang“ ist im Zielnetz 2040 zu verankern.

Zudem sollen im Ausbau der Pyhrnstrecke alle Maßnahmen so geplant werden, dass sie für einen weiteren Ausbau aufwärtskompatibel sind und im Personenfernverkehr zwischen Selzthal und Linz eine

Fahrzeit von 60 Minuten ermöglicht, wird bzw. in weiterer Zukunft Linz von Graz aus in einer Reisezeit von 2 ½ Stunden erreicht werden kann.

Der zweite größere Kritikpunkt betrifft die Oststeiermark, denn sämtliche Projekte, die hier eingemeldet wurden, sind nicht im Entwurf zum Zielnetz 2040 enthalten. Dabei ist die intransparente Herangehensweise zu hinterfragen, da aus den Unterlagen nicht im Detail ersichtlich wurde, wieso die Gesamtbewertung für die Oststeiermark einen Quotienten von (denkbar knapp) unter 1 ergab. Es wird festgehalten, dass das österreichische Eisenbahnnetz im Hinblick auf den Wiederaufbau der Ukraine gerüstet sein sollte, um entsprechende Tonnagen auf der Schiene aus dem bedeutenden Wirtschaftsraum Oberitalien in den Osten Europas transportieren zu können. Dafür ist ein Ausbau der Steirischen Ostbahn (inklusive leistungsfähiger Neubaustrecke zwischen der Koralmbahn bei Feldkirchen und Gleisdorf) unumgänglich. In dieser Hinsicht wäre auch das weiterführende, in das Zielnetz hineinreklamierte Teil-Modul mit der Neubaustrecke Gleisdorf – Fürstenfeld und der Attraktivierung der Thermenbahn einer neuen Bewertung zu unterziehen.

Drittens ist auch die Neubaustrecke Frohnleiten – Bruck a.d. Mur in das Zielnetz 2040 aufzunehmen, da die Kapazitätsengpässe entlang der neuen Südstrecke langfristig zu beseitigen sind. Der Ausbau Graz - Frohnleiten ist ein wichtiger erster Schritt, in der Gesamtbetrachtung sollte im Zielnetz 2040 aber der Gesamtabschnitt Graz – Bruck/Mur inklusive einer Detailplanung für den Nahverkehrsknoten in Gösting berücksichtigt werden.

Daher stellen die unterzeichnenden Delegierten den folgenden

Antrag

Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die Wirtschaftskammer Österreich und das Land Steiermark herantreten, damit sich diese für die Überarbeitung der Projektvorschläge im Eisenbahn-Zielnetz 2040 im Sinne des Wirtschaftsstandortes Steiermark beim BMK einsetzen.

Projektteam Fairness & Entbürokratisierung

Gemeinsamer Antrag

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Steiermark, Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark

an das Wirtschaftsparlament der WKÖ Steiermark am 12. Juni 2024

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirates hat sich das Projektteam Fairness und Entbürokratisierung mit unterschiedlichen Themen beschäftigt. Basierend auf den Ergebnissen im Projektteam fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKÖ Steiermark gemeinsam folgende Maßnahme:

Hubschraubertransportflüge – Ausnahmeregelung Stmk. Naturschutzgesetz

Aktuell kommt es im Zusammenhang mit Genehmigungen von Hubschraubertransportflügen im Bereich von Europa- und Naturschutzgebieten in der Steiermark zu außerordentlich langen Verfahrensdauern. Die rechtlichen Grundlagen für Bewilligungen von Überflügen und Außenlandungen in diesen Gebieten findet man dabei im Stmk. Naturschutzgesetz - welches nur sehr enge Ausnahmetatbestände kennt - in Verbindung mit dem Gesetz über Einrichtungen zum Schutz der Umwelt (StESUG). Mit dem StESUG wird u.a. die Aarhuskonvention in der Steiermark umgesetzt, die eine Beteiligung der Öffentlichkeit an Umweltverfahren ermöglicht.

Für einen Überflug und/oder eine Außenlandung in einem Europaschutzgebiet bedeutet dies konkret, dass anerkannten Umweltorganisationen auf einer elektronischen Plattform für vier Wochen Information für eine Stellungnahme zur Verfügung gestellt werden müssen. Der Bescheid ist dann nochmals für sechs Wochen auf dieser Plattform zu veröffentlichen. Parteistellung im Verfahren hat auch die Umweltanwältin.

Insgesamt bedeutet dies, dass die Erstellung des Bescheides für einzelne, dringend notwendige und meist unvorhersehbare Hubschraubertransportflüge (z.B. Versorgungsflüge für Schutzhütten, Transport von Baumaterial für Reparaturen etc.) – nach Angaben der zuständigen Abteilung 13 – vier bis sechs Monate in Anspruch nehmen wird!

Vor diesem Hintergrund fordern wir im Sinne einer unbürokratischen Handhabung für die Antragsteller bzw. Hubschrauberunternehmen eine deutliche Ausweitung der derzeitigen Ausnahmeregelungen im Stmk. Naturschutzgesetz für notwendige Versorgungsflüge ein.

Daher stellen wir folgenden

Antrag

Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die Steiermärkische Landesregierung herantreten, um sich für eine Beschleunigung der Genehmigungen für Hubschraubertransportflüge einzusetzen. Konkret sollen in diesem Zusammenhang auch zusätzliche Ausnahmeregelungen im Stmk. Naturschutzgesetz aufgenommen werden.

8 Mitglieder des Wirtschaftspolitischen Beirats

Vorsitzender

SPO FVO Obmann-Stv. KommR Friedrich Hinterschweiger

Vorsitzender Stellvertreter

RSO KommR Johann Lampl

Mitglieder des Beirats

SPO-Stv. KommR Franz Glanz

SPO-Stv. Obfrau KommR Daniela Gmeinbauer

SPO-Stv. Obmann KommR Ing. Johann Höllwart

RSO Obmann KommR Manfred Kainz

SPO-Stv. Thomas Kainz

Obfrau Obfrau-Stv. Ingrid Karner, M.Ed

SPO-Stv. Mag. Andrea Kern, MA

SPO-Stv. Gen.Dir. KommR MMag. Martin Schaller

SPO Obmann KommR Johann Spreitzhofer

RSO Obmann-Stv. KommR Norbert Steinwider

SPO-Stv. KommR Karlheinz Winkler

BSPO-Stv. SPO BGO KommR Gerhard Wohlmuth

9 Mitglieder der Projektteams des Beirats

Infrastruktur, Energie & Nachhaltigkeit

Vorsitz:

SPO-Stv. Vors. KommR Franz Glanz

Mitglieder:

Silvia Hubmann, BA

RSO Obmann KommR Manfred Kainz

SPO-Stv. Mag. Dr. Markus Ritter

Mag. Stefan Weinberger

SPO-Stv. KommR Karlheinz Winkler

Mag. Peter Lackner

Mag. Robert Steinegger

Mag. Jan Tschofen

Fairness & Entbürokratisierung

Vorsitz:

RSO KommR Johann Lampl

Mitglieder:

SPO-Stv. KommR Ing. Johann Höllwart

SPO-Stv. Thomas Kainz

Mag. Stefan Weinberger

SPO-Stv. KommR Karlheinz Winkler

BSPO-Stv. SPO BGO KommR Gerhard Wohlmuth

Mag. Johannes Absenger

Priv.-Doz. Dr. Florian Mosing

Bildung, Jugend & Fachkräfte

Vorsitz:

Präsident Ing. Josef Herk

Mitglieder:

Silvia Hubmann, BA

SPO-Stv. Mag. Andrea Kern, MA

SPO-Stv. Robert Rothschädl

SPO BSPO-Stv. KommR Johann Spreitzhofer

RSO O.-Stv. KommR Norbert Steinwider

Dr. Markus Tomaschitz

Dr. Martin Neubauer

Dr. Gottfried Krainer

Mag. Simone Harder

Arbeit & Soziales

Vorsitz:

SPO-Stv. Obfrau KommR Daniela Gmeinbauer

Mitglieder:

Mag. Alexandra Leopold

SPO-Stv. Thomas Kainz

Obfrau Obfrau-Stv. LIM-Stv. Ingrid Karner, M.Ed

Mag. Claudia Knopper

SPO-Stv. KommR Karlheinz Winkler

Priv.-Doz. Dr. Florian Mosing

Mag. Johannes Absenger

Standort, Regionen & Unternehmertum

Vorsitz:

SPO FVO KommR Friedrich Hinterschweiger

Mitglieder:

Ing. Hermann Freitag

SPO-Stv. Obmann KommR Ing. Johann Höllwart

FVO-Stv. Mag. Andrea Pavlovec-Meixner

SPO-Stv. Gen.Dir. KommR MMag. Martin Schaller

Gen.Dir. KommR Mag. Franz Weintögl

Dr. Ewald Verhounig

Ein Produkt des IWS.

Institut für Wirtschafts- und Standortentwicklung
der Wirtschaftskammer Steiermark

Körblergasse 111-113, 8010 Graz
Telefon +43 (0) 316/601-796 DW

e-mail: iws@wkstmk.at
<http://wko.at/stmk/iws>

12. Juni 2024